

Die Zukunft beginnt in der Kita.

Aktionsplan zur Verbesserung der Kita-Qualität in Sachsen

Auf den Anfang kommt es an: Alle Kinder in Sachsen sollen die besten Startchancen haben. Für die bestmögliche Förderung unserer Jüngsten müssen wir jetzt in den Ausbau von Kindertageseinrichtungen mit hoher Qualität und mit genügend hervorragend ausgebildeten pädagogischen Fachkräften investieren. Der Freistaat Sachsen spielt eine wichtige Rolle hinsichtlich der finanziellen Grundlagen und der Rahmenbedingungen für eine Qualitätsentwicklung, die er bisher nur unzureichend wahrnimmt. Eine bessere Betreuungsrelation durch mehr gut ausgebildete Erzieher*innen in den Kindertageseinrichtungen, eine Ausbildungs-offensive und klare Qualitätsstandards sind die drei wichtigsten Bausteine einer Qualitätsoffensive für unsere Kinder. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN setzen sich für eine spürbare Qualitätsoffensive und gute Betreuung ein.

1. Kita-Qualität verbessern und Bildungsbenachteiligungen ausgleichen

Es gibt mit dem sächsischen Bildungsplan hervorragende theoretische Grundlagen für die Arbeit in den Kitas, jedoch fehlt den Fachkräften die Zeit, diese in der Praxis auch umzusetzen. Nirgends sonst muss sich ein/e Erzieher*in in einer Kindertageseinrichtung um mehr unter Dreijährige kümmern als in Sachsen (Personalschlüssel laut SächsKitaG: 1:5), bei den 3- bis 6-Jährigen hat nur Mecklenburg-Vorpommern ein noch ungünstigeres Betreuungsverhältnis (Personalschlüssel laut SächsKitaG: 1:12).

Um der frühkindlichen Bildung den Stellenwert zu geben, den sie verdient, braucht es die besten Arbeitsbedingungen und damit auch einen besseren Betreuungsschlüssel.

Wir wollen den Betreuungsschlüssel spürbar verbessern: auf **1:4 in der Krippe, auf 1:10 im Kindergarten und auf 1:16 im Hort**. Für Kindertageseinrichtungen mit besonderen Problemlagen wollen wir einen „**Bildungsbonus**“ einführen. Auf Grundlage der Sozialindex sollen diese Kitas zusätzliche Stellen und Mittel bekommen. So wird eine pädagogische Förderung ermöglicht, die Bildungsbenachteiligung ausgleicht.

2. Mittelbare pädagogische Arbeit bei der Berechnung der Betreuungsrelation berücksichtigen

Für eine gute Entwicklung brauchen Kinder in den frühen Jahren mehr als Betreuung. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN verstehen Kindertageseinrichtungen mehr denn je als Orte der Bildung. Der Bildungsauftrag ist längst gesetzlich festgeschrieben, doch oft fehlt es an Zeit diesem Bildungsauftrag gerecht zu werden. Wir fordern deshalb die Rahmenbedingungen in Kindertageseinrichtungen so zu gestalten, dass eine tatsächliche Qualitätsverbesserung möglich ist. Es braucht Zeit für die Dokumentation und Beobachtung der Entwicklung des Kindes, Elterngespräche, fachlicher Austausch mit den Kolleg*innen und Supervision, Fort- und Weiterbildungsmaßnahmen, Vor- und Nachbereitungszeiten, fachbezogener Vernetzungsarbeit, Kooperation und Austausch mit anderen Institutionen. Diese **mittelbare**

pädagogische Arbeitszeit muss mit 20 Prozent bei der Fachkraft-Kind-Relation berücksichtigt werden. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN werden zudem bessere Rahmenbedingungen für Leitungskräfte umsetzen. Kita-Leiter*innen müssen genügend Zeit zur Verfügung stehen, um die Qualitätssicherung und -entwicklung voranzutreiben - durch personal- und betriebswirtschaftliche Führung, Konzeptsicherung und -entwicklung, Vernetzungsarbeit, Teamentwicklung, Vernetzung mit anderen Kooperationspartnern und vieles mehr. Wir fordern, dass für jede Kita zur Leitung 40 Stunden/ Woche für je acht einzusetzende vollbeschäftigte pädagogische Fachkräfte ausschließlich für Leitungsaufgaben zur Verfügung stehen müssen, mindestens jedoch 20 Stunden/ Woche.

3. Landeszuschuss erhöhen

Der Landeszuschuss, den der Freistaat Sachsen für die Betriebskosten (Sach- und Personalkosten) zur Verfügung stellt, geht an der Realität vorbei. Der Finanzierungsanteil von Eltern und Kommunen und die Kosten insgesamt sind in den letzten Jahren stetig gestiegen. Der Landeszuschuss wird derzeit pauschal für Krippen und Kindertageseinrichtungen gezahlt, ungeachtet der Tatsache, dass die Kosten für einen Betreuungsplatz in der Krippe wesentlich teurer sind als in der Kita. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN fordern eine **erheblich höhere Beteiligung des Freistaates an den tatsächlichen Kosten, um mindestens 1/3 der Kosten, sowie darüber hinausgehende Mehraufwendungen für eine bessere Personalausstattung zu decken.** BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN fordern eine gesetzlich festgeschriebene Differenzierung des Landeszuschusses für die Betreuung von Kindern unter 3 Jahren und über 3 Jahren. Außerdem fordern BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN eine Dynamisierung des Landeszuschusses, die mit den jährlichen Personal- und Sachkostensteigerungen Schritt hält und auf die unterschiedlichen kommunalen Anforderungen eingeht.

4. Generationswechsel nutzen, Ausbildung von Fachkräften anheben

Ein bedarfsgerechtes Angebot von Kita-Plätzen steht und fällt mit einer ausreichenden Anzahl von Erzieher*innen. Sowohl durch einen verbesserten Personalschlüssel als auch die anstehenden Verrentungen von Erzieher*innen entsteht künftig ein hoher Bedarf an Fachkräften: Weit über 10.000 der aktuell rund 26.500 Erzieher*innen in den Kindertageseinrichtungen sind über 50 Jahre alt. Etwa ein Viertel (rund 6.700 Personen) ist über 55 Jahre alt und wird damit in absehbarer Zeit in den Ruhestand gehen.

Dieser Generationenwechsel ist eine große Herausforderung, aber auch eine Chance für ein Umdenken in der Erzieher*innen-Ausbildung.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wollen eine **Ausbildungsoffensive für Erzieher*innen** starten. Mit guten qualitativen Rahmenbedingungen an sächsischen Kitas schaffen wir es, das Berufsfeld attraktiver zu gestalten und so den Bedarf zu decken. Zugleich beruht die Bildungsqualität von Kita und Tagespflege gleichermaßen auf dem Engagement und der Qualifikation der Erzieher*innen. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN in Sachsen treten für eine systematische Fort- und Weiterbildungsoffensive und eine Anhebung der Qualifikation der Fachkräfte in beiden Betreuungsformen ein. BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN setzen dabei auf drei Säulen der Erzieher*innen-Ausbildung: Wir wollen neben der akademischen und der

Fachschulausbildung auch die duale Ausbildung stärken. Die akademische Ausbildung von Erzieher*innen entspricht europäischen Standards und muss ausgebaut werden. Der Freistaat muss im Rahmen der Zielvereinbarungen mit den Hochschulen für einen Ausbau der vorhandenen Studiengänge sorgen mit dem perspektivischen Ziel, dass jede zweite neue Erzieher*in einen Hochschulabschluss aufweist. Durch entsprechende Umschichtungen in den jeweiligen Hochschulen für die Akademisierung der Erzieher*innenbildung zu keinen Mehrausgaben.

Langfristig soll die Fachschulausbildung reformiert werden, denn sie benachteiligt die Schüler*innen gegenüber anderen Ausbildungsformen. **Wir fordern die Abschaffung des Schulgeldes für die Erzieher*innen Ausbildung und die Einführung einer Ausbildungsvergütung.** Wir wollen ein beitragsfreies Fachschulstudium, betriebliches Mitspracherecht, Regelungen zum Arbeits- und Mutterschutz, Praktikumszeiten sollen als Lebensarbeitszeit anerkannt werden und eine Ausbildungsvergütung vorgesehen werden.

5. Qualitätsstandards durch Fachberatung, Fort- und Weiterbildung sichern

Die Trägervielfalt in Sachsen führt zu stark unterschiedlichen Qualitätsniveaus bei Fachberatung, Fort- und Weiterbildung. BUNDNIS 90/DIE GRÜNEN in Sachsen fordern ein trägerübergreifendes verbindliches Qualitätssicherungssystem auf Grundlage des Sächsischen Bildungsplans und der „Sächsischen Leitlinien für die öffentlich verantwortete Bildung von Kindern bis zum 10. Lebensjahr“ für alle Kindertageseinrichtungen. Auf dieser Grundlage sollen die Träger regelmäßig beraten und intern wie extern evaluiert werden. Ein wesentliches Element zur Qualitätssicherung und -entwicklung in der Kindertagesbetreuung ist die Fachberatung. Aktuell ist das Angebot jedoch nicht ausreichend, um den gestiegenen Beratungsbedarf abzudecken. Die Fachberatung muss deshalb mit klarem Standard als fester Bestandteil des Systems der Kindertagesbetreuung begriffen, ausgebaut und ausreichend finanziert werden. Zugleich soll der Freistaat gemeinsam mit kommunalen und freien Trägern, Hochschulen, Volkshochschulen, IHK und privaten Anbietern von Weiterbildungsangeboten ein verbindliches, den Qualitätsstandards entsprechendes Fort- und Weiterbildungsangebot erarbeiten und finanziell absichern. Dabei sollen zugleich durch Fort- und Weiterbildungsstandards die Anforderungen an eine verbindliche und kontinuierliche Fortbildung in Kita und Tagespflege geregelt werden. Tageseltern muss durch eine entsprechende finanzielle und zeitliche Entlastung eine berufsbegleitende Erzieher*innenausbildung ermöglicht werden. In Kitas sowie in der Tagespflege muss Fort- und Weiterbildung als selbstverständlicher Teil der Tätigkeit verstanden und entsprechend vergütet werden. Weiterbildungsmaßnahmen müssen nicht nur erlernt, sondern auch praktiziert werden. Daher soll der Freistaat ein breit angelegtes Mentoringprogramm initiieren, welches die Erzieher*innen und Tageseltern begleitet und ihre alltägliche Arbeit reflektiert.

Allen bereits tätigen Erzieher*innen in Kita und Tagespflege soll es unter Anrechnung bereits erworbener Bildungsinhalte ermöglicht werden, einen weiterbildenden fachpädagogischen Hochschulabschluss zu erwerben. Außerdem muss der Freistaat den berufsbegleitenden Studiengang "Sozialpädagogik" an sächsischen Fachhochschulen wieder einführen. Damit würde einerseits ein weiterbildendes Qualifizierungsangebot geschaffen, andererseits der Quereinstieg für Erziehungswissenschaftler*innen erleichtert.

6. Flexible Betreuungszeiten durch Anreize für Betriebskitas

Schichtbetrieb und flexible Arbeitszeiten gehören für viele Eltern heute selbstverständlich zum Arbeitsleben. Auch wenn die meisten betroffenen Eltern eine Betreuung außerhalb der regulären Kita-Öffnungszeiten innerhalb der Familie gewährleisten wollen und können, stellt das fehlende Angebot an Betreuungsangeboten am Abend, aber vereinzelt auch am Wochenende oder in der Nacht vor allem für Alleinerziehende eine erhebliche Belastung dar und benachteiligt sie im Arbeitsleben. Unternehmen und Einrichtungen, deren Beschäftigte ein Betreuungsangebot jenseits der klassischen Öffnungszeiten in Anspruch nehmen müssen, sollen besser unterstützt werden Betriebs-Kitas einzurichten. **Wir wollen gezielte Anreize für Arbeitgeber*innen geben, die sich für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf einsetzen.** In Ausnahmefällen soll auch ein flexibles und qualitativvolles, öffentliches Bildungs- und Betreuungsangebot geprüft werden, wie es in den skandinavischen Ländern, aber auch bereits in einigen deutschen Kommunen existiert.